



Für Thorsten Frei sind das die wichtigsten Handlungsfelder einer Politik, die dazu geeignet ist, hierzulande den Wohlstand zu sichern: (von links oben nach rechts unten) Bürokratieabbau, Forschung und Bildung, qualifizierte Migration sowie eine Unternehmenssteuerreform. *Fotos: NQ-Archiv*

Deutschland hinkt hinterher

Politik Thorsten Frei beschreibt seine Vorstellungen von einer Politik, die den Deutschen Sicherheit und Wohlstand erhalten kann. Im Zentrum: Erleichterungen für Unternehmen.

Wie sichern die Deutschen künftig ihren Wohlstand? Politiker sollten auf diese Frage eine Antwort haben. Das ist ihr Job. Doch wie löst man all die Probleme und Krisen dieser Zeit ohne Glaskugel?

Die Deutschen fürchten, dass es mit ihnen bergab geht; in der Gaskrise bekommen sie eine Vorstellung dessen, was möglich ist, wenn es zu geopolitischen Verwerfungen kommt. Während die Sparkasse zu diesem Thema einen Börsenexperten engagiert hat (siehe nebenstehenden Bericht), hat die Hochschule Furtwangen (HFU) wie bereits berichtet an ihrem Schwenninger Campus den CDU-Politiker Thorsten Frei aufgebeten.

Politik in der Zeitenwende

Der CDU-Wahlkreisabgeordnete und Fraktionsmanager der Union in Berlin griff die Vision einer „Zeitenwende“ auf, die Kanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung beschrieben hatte. Daran anknüpfend zeigte Oppositionspolitiker Frei auf, wo er die Hebel ansetzen will, um Deutschland Sicherheit und Wohlstand zu bewahren.

Akute Probleme sieht Thorsten Frei in hierzulande hohen Energiepreisen und der Abhängigkeit von Rohstoffen – immer-

hin 90 Prozent der eminent wichtigen seltenen Erden liefert China, das es derzeit mehr denn je darauf anlegt, das demokratische Taiwan zu schlucken. Weil dort die weltweit meisten Computerchips hergestellt werden, die der Westen für seine Industrie dringend braucht, ist das ein Pulverfass; nicht umsonst hat US-Präsident Biden den Chinesen vor kurzem gedroht und sie aufgefordert, Taiwan in Ruhe zu lassen. Doch wird das den chinesischen Staatschef Xi Jinping, der eine neue Ära prägen will, beeindrucken? Xi gilt als der mächtigste Führer der Chinesen seit Mao, die in der Shanghai-Gruppe mit Staaten wie Russland und dem Iran zusammenarbeiten.

Der Westen hat hier wenig Handlungsspielraum, sodass deutschen Politikern wenig anderes übrig bleibt, als an die eigenen Stärken zu appellieren. Thorsten Frei macht's genauso. Am HFU-Campus schilderte er nach 16 Jahren unter CDU-geführter Regierung, was man künftig anders machen sollte, um in einer globalisierten Welt nicht unter die Räder zu kommen, in der Deutschland technologisch wie wirtschaftlich fürchten muss, abgehängt zu werden.

Da ist es wohl „essenziell“, sich nicht nur weiterhin stark in Forschung und Entwicklung zu en-

gagieren, sondern auch eine „umfassende Reform der Unternehmenssteuer“ einzuleiten. Denn die Steuerlast, die Firmen und Selbstständige in Deutschland tragen, ist deutlich höher als in anderen Ländern und damit neben anderen ein massiver Wettbewerbsnachteil. Tatsächlich liegt sie im Falle deutscher Personengesellschaften bei 45 Prozent, bei Kapitalgesellschaften immerhin bei 35 Prozent, während die europäische Konkurrenz im Schnitt lediglich 21 Prozent Steuer zahlt. „Deutschland hinkt hinterher“, meint Frei.

„Wir sind international nicht wettbewerbsfähig.“

„Wir sind international nicht wettbewerbsfähig.“ Ein Steuersatz von 25 Prozent, meint er, würde den Standort Deutschland stärken.

Schwer haben es Macher in Deutschland auch, weil ihnen Bürokraten ständig Prügel zwischen die Beine werfen. „Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich lange hin. Und man hat das Gefühl, das wird immer schlimmer. Thorsten Frei wertet das als „Ausdruck eines übertriebenen Sicherheitsden-

kens“ – keiner wolle daran schuldig sein, wenn etwas nicht klappt. „Man will sich gegen alles und jeden absichern, weil es am Ende einen Schuldigen geben muss.“ So gehe es nicht weiter. „Wenn wir bei Genehmigungsverfahren Hinz und Kunz fragen, werden wir niemals fertig!“ Dass alles auch schneller gehe, zeige der Planungsfortschritt bei den dringend benötigten Flüssiggas-terminals, die nun anstelle russischer Pipelines für Gaslieferungen eingesetzt werden sollen.

Beim Thema Energie geht der Abgeordnete freilich davon aus, dass neben Gas Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen dürfte – weil es darauf ankomme, Energie zu speichern.

Ein echtes Problem sei auch der gefährliche Personalmangel für die Wirtschaft. Frei hält an dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz fest, das weitgehend aus seiner Feder stammt, aber just da in Kraft trat, als Corona ausbrach. Für ihn ist jedenfalls klar: Einwanderung muss in den Arbeitsmarkt stattfinden. Und nicht in die Sozialsysteme. Deutschland müsse nicht nur als Einwanderungsland attraktiver werden, sondern auch seine arbeitsfähigen Arbeitslosen aktivieren. Von denen stünden rund 2,5 Millionen etwa 1,9 Millionen offener Stellen entgegen. *rat*